

## Deutsche an einen Tisch!

Von Dr. Heinrich To e p l i t z, Staatssekretär im Ministerium der Justiz

Der Kampf um die deutsche Einheit ist mit dem Appell, den das höchste Organ der Deutschen Demokratischen Republik, die Volkskammer, am 30. Januar 1951 an das westdeutsche Bundesparlament gerichtet hat, in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Mit Recht wies Ministerpräsident Otto Grotewohl darauf hin, daß die mit der Sicherung des Friedens in Europa untrennbar verknüpfte Notwendigkeit der Lösung des Problems der deutschen Einheit nicht erst in den letzten Wochen und Monaten in den Mittelpunkt unseres Denkens und unserer politischen Arbeit gerückt ist. Die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von den westlichen Besatzungsmächten mit Unterstützung deutscher Politiker betriebene Politik der Spaltung unseres Vaterlandes, die 1946 mit dem willkürlichen Anschluß des Saarlandes an das französische Wirtschaftssystem begann, hat aber im Jahre 1950 mit der Einbeziehung der westdeutschen Besatzungszonen in das aggressive militärische System des Nordatlantik-Paktes einen für das Wohl unseres gesamten Volkes außerordentlich gefährlichen Höhepunkt erreicht. Seit der Geheimkonferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in New York im September 1950 wird die bis dahin, geheim vorbereitete Wiederaufrüstung Westdeutschlands in aller Offenheit vorwärtsgetrieben.

Wir haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt, daß eine auf vollen Touren laufende Rüstungswirtschaft in sich selbst die konkrete Gefahr der Auslösung eines Krieges trägt. Aus den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker in den letzten Monaten ist aber weiterhin klar zu erkennen, daß hinter dieser Aufrüstung nicht nur die Absicht steht, einen Ausweg aus der sich ankündigenden kapitalistischen Wirtschaftskrise zu finden, sondern auch das politische Ziel des aggressiven Vorgehens gegen den Aufbau einer neuen, friedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der in der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu großen Erfolgen geführt und es der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht hat, die Lebenslage der Bevölkerung aus eigener Kraft entscheidend zu verbessern.

Der amerikanische Senator Taft hat nach einem Bericht in der „New York Times“ vom 6. Januar 1951 unter Hinweis auf die von den amerikanischen Truppen in Korea vorgenommenen Zerstörungen erklärt: „Ich glaube nicht, daß wir heute in Korea willkommen sind, und ich glaube nicht, daß wir morgen in Europa willkommen sein werden, falls der Krieg ausbricht und wir die Hauptstifter dieses Krieges sind. . . . Die Aufzwingung eines großen Militärprogramms wird mit beinahe tödlicher Gewißheit einen Krieg herbeiführen“. Diese Worte zeigen mit aller Klarheit, daß die Politik der USA von der Absicht beherrscht ist, einen neuen, dritten Weltkrieg herbeizuführen. Was ein solcher Krieg für unser Vaterland und die deutsche Bevölkerung bedeuten würde, das ist allen einsichtigen Deutschen klar, nämlich die endgültige Vernichtung Deutschlands.

Die deutschen Menschen in Ost und West haben in den letzten Wochen eine Reihe von Tatsachen erfahren, die den Ernst dieser imperialistischen Kriegsbedrohung beweisen. Die Ernennung des Generals Eisenhower zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte der sog. Nordatlantikkpaktstaaten hat eine Protestbewegung nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in westeuropäischen Staaten ausgelöst. Dr. Adenauer hat sich durch seine Bitte um erneute Verstärkung der Zahl der westlichen Besatzungssoldaten, durch die Entsendung der ehemaligen Hitlergenerale Speidel und Heusinger zu Militärbesprechungen und durch seine persönlichen Verhandlungen mit General Eisenhower über die Aufrüstung offen auf die Seite der Kriegsvorbereiter gestellt. Die Erhöhung der Besatzungskosten und die Verschärfung der Wohnungsnot im Westen unseres Vaterlandes hat er dabei in Kauf genommen. Es liegen Informationen vor, nach denen die kasernierte sog. Industriepolizei allein in den letzten Monaten um 63 000 Mann verstärkt worden ist. Diese Tatsachen widerlegen eindeutig die Behauptung Dr. Adenauers, die Bundesregierung habe sich bisher jeder militärischen Maßnahme enthalten.

Die durch die Entwicklung im Westen Deutschlands immer bedrohlicher werdende unmittelbare Gefahr für die Zukunft des deutschen Volkes veranlaßte den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, zu seinem Brief vom 30. November 1950, dessen konkrete Vorschläge den Hoffnungen auf das Zustandekommen eines gesamtdeutschen Gesprächs eine feste Grundlage gaben. Das Echo dieses Schreibens in ganz Deutschland war überwältigend. Während Dr. Adenauer 7 Wochen vergehen ließ, ohne zu dem Grotewohl-Brief Stellung zu nehmen, häuften sich die Zustimmungserklärungen aus allen Kreisen der Bevölkerung und allen Teilen Deutschlands. Auch die Menschen in Westdeutschland erkannten, daß mit dem Grotewohl-Brief ein Weg gewiesen wurde, der geeignet war, den Frieden in Europa zu sichern und die Sehnsucht aller Deutschen auf einen einheitlichen deutschen Staat zu verwirklichen.

Dr. Adenauer hat den Wünschen des überwiegenden Teiles der westdeutschen Bevölkerung, durch eine positive Antwort den baldigen Beginn gesamtdeutscher Besprechungen zu ermöglichen, nicht entsprochen. Er hat es nicht einmal für erforderlich gehalten, den ihm überreichten Brief schriftlich zu beantworten. Seine Antwort war in einer Erklärung vor der Presse enthalten, die er in Bonn am 15. Januar 1951 abgab. In dieser Erklärung erhob er eine Reihe von Forderungen, für die ihm jede Legitimation fehlt, und stellte Bedingungen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, das Zustandekommen der vorgeschlagenen Beratungen in einem gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu verhindern. Ministerpräsident Otto Grotewohl hat keine Bedingungen für das Zustandekommen gesamtdeutscher Besprechungen aufgestellt. Wir haben allen Grund, an den Zuständen im Westen unseres Vaterlandes in vielen Punkten Kritik zu üben. Der Grotewohl-Brief verzichtete bewußt auf diese Kritik. Es kommt in der gegenwärtigen bedrohlichen Lage unseres Vater-